

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Europa nach dem EG-Gipfel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1989) : Europa nach dem EG-Gipfel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 582-583

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136581>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europa nach dem EG-Gipfel



Hans-Eckart Scharrer

Das Eis des Kalten Krieges bricht auf – doch aufbrechendes Eis kann gefährlich sein.“ Wie Margaret Thatcher sahen es auch die meisten anderen Staats- und Regierungschefs auf dem EG-Gipfel in Straßburg. Gefahrenbegrenzung für die Gemeinschaft und feste Einbindung der Bundesrepublik, nicht die Entwicklung einer neuen Architektur für das größere europäische Haus waren angesagt. Wo steht die Gemeinschaft nach diesem Gipfel, der – so EG-Ratspräsident Mitterrand – „voller Elan“ in ein „neues Stadium“ führen sollte, tatsächlich aber von dem Kuhhandel über die (pedantische) Erklärung zum deutschen Selbstbestimmungsrecht und die deutsche Zustimmung zur Regierungskonferenz geprägt wurde?

Nach außen kann die Gemeinschaft mit berechtigtem Stolz auf ihre Rolle als Katalysator für den Reformprozeß in der Sowjetunion, Osteuropa und der DDR verweisen. Auch wenn dieser Prozeß ohne Gorbatschows erklärte Abkehr von stalinistischen Prinzipien und ohne die Volksbewegungen (noch) nicht möglich gewesen wäre: die Binnenmarktinitiative hat das hohe und wachsende wirtschaftliche Leistungsgefälle zwischen West und Ost und damit den Zwang zur Wirtschaftsreform in Osteuropa evident gemacht. Zugleich besitzt die Gemeinschaft, bei all ihren Schwächen, Modellcharakter für das gleichberechtigte Zusammenwirken von Ländern unterschiedlicher Größe in handlungsfähigen demokratischen Institutionen, mit unmittelbar erfahrbaren, positiven Auswirkungen für ihre Bürger. Im Wettbewerb der Systeme ist sie dem RGW an Attraktivität haushoch überlegen.

Was ihre künftige Stellung in einem größeren Europa betrifft, so sieht sich die EG indessen eher als Kristallisationskern, um den herum sich die EFTA-Staaten einerseits, die RGW-Länder andererseits gruppieren, denn als eine Gemeinschaft mit offener Mitgliedschaft. Die Signale der Gemeinschaft sind klar auf Vertiefung, nicht auf Erweiterung gestellt. So empfiehlt etwa Jacques Delors, der Präsident der EG-Kommission, den RGW-Ländern eher die Organisation nach EG-Vorbild als den Beitritt oder eine Assoziierung – eine problematische Empfehlung angesichts der faktischen Hegemonie der Sowjetunion in dieser Staatengruppe. Vertiefung ist freilich auch nach herrschender EG-Lehre gekoppelt mit der Herstellung engerer wirtschaftlicher Bindungen zu den übrigen Staaten Europas.

Das gilt zunächst gegenüber den EFTA-Ländern, mit denen zusammen die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) angestrebt wird – ein Vorhaben, das übrigens dem Beitritt von RGW-Ländern zur EFTA entgegensteht. Die Beziehungen zu Osteuropa und der Sowjetunion sind, anders als die zu den EFTA-Staaten, noch nicht strukturiert. Zu unterschiedlich ist der Stand und die Dynamik der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung, als daß einheitliche Lösungen für alle RGW-Länder in Frage kämen. Die Gemeinschaft hat aber konstruktiv auf den Reformprozeß reagiert: Mit dem Abbau von Handelsbeschränkungen, der Einräumung von Krediten, dem Angebot zur Kooperation auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, im Umweltschutz etc.

Der Gipfel hat den Willen zur weitergehenden Zusammenarbeit bekräftigt und zugleich grünes Licht für die Verhandlungen über die von West und Ost gemeinsam zu errichtende „Europa-Bank“, mit einem Kapital von 10 Mrd. ECU, gegeben. Freilich: Ob den bereits hoch

verschuldeten RGW-Ländern mit neuen Milliardenkrediten wirklich gedient ist? Finanzielle Solidarität könnte sich besser darin beweisen, daß diese Länder, einschließlich der Sowjetunion, über einige Jahre an der „Entspannungsdividende“ – den bei erfolgreichem Abschluß der Abrüstungsverhandlungen erzielbaren Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben – beteiligt würden. Bei Gesamtaufwendungen in der EG von 142 Mrd. Dollar (1987) oder 3,3% des Bruttosozialprodukts sollte diese Dividende Größenordnungen erreichen, die entwicklungs- politisch interessant sind und einen Anreiz zur Fortsetzung des Abrüstungsprozesses bieten.

Ein solches Angebot setzte freilich ein höheres Maß an Geschlossenheit innerhalb der Gemeinschaft voraus, als sie der Gipfel deutlich machte. Zu der bekannten Frontstellung der Elf gegenüber Mrs. Thatcher in Sachen Sozialcharta, Währungsunion und Verfassungsentwicklung (Stärkung des Europäischen Parlaments) gesellt sich nun ein wechselseitiges Mißtrauen zwischen der Bundesrepublik und den meisten ihrer EG-Partner, das in der gestelzten Straßburger Erklärung zur deutschen Einheit und ihrer unterschiedlichen Interpretation, aber auch in der demonstrativen Neuauflage der französisch-russischen „Entente“ seinen Ausdruck findet. Es verwundert nicht, daß unter diesen Umständen auch die Frage der deutschen Zustimmung zur Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion nach außenpolitischen und nicht nach wirtschaftspolitischen Erwägungen beurteilt wurde.

Das ist ein schlechter Start für ein derart ehrgeiziges Vorhaben. Die Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere die Errichtung eines Europäischen Zentralbanksystems mit umfassenden Kompetenzen für die Geldpolitik in der Gemeinschaft und damit für die Entwicklung des Geldwertes, verdient es, zuallererst nach ökonomischen Gesichtspunkten gewürdigt zu werden. Nicht europäische, sondern gute Geldpolitik ist gefragt. Hierzu hat ausgerechnet Mrs. Thatcher den Befürwortern einer europäischen Zentralbank in Straßburg einige unangenehme Wahrheiten gesagt: Garant der Geldwertstabilität im EWS ist allein die Deutsche Bundesbank. Die anderen Währungsbehörden sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, eine stabilitätsgerechte Geldpolitik zu führen. Mit der Majorisierung der deutschen Währungshüter in einem Europäischen Zentralbanksystem geht der Anker verloren, der bisher stabiles Geld in Europa gesichert hat. Die Konsequenz: Unter den derzeitigen Bedingungen läßt sich die Geldwertstabilität nur im Wettbewerb, nicht in der Monopolisierung der Geldpolitik dauerhaft sichern.

Tatsächlich erscheint die Zeit für die Überführung der Geldpolitik in Gemeinschaftskompetenz noch nicht reif. Nicht nur ist die Periode relativer Preisstabilität in der Gemeinschaft noch recht kurz. Die durchschnittliche Inflationsrate von zuletzt 5,5% (EG ohne Bundesrepublik) läßt auch erkennen, daß Geldwertstabilität nur in wenigen Ländern den Rang genießt, der ihr in der Bundesrepublik zu Recht beigemessen wird; zwei Länder weisen sogar noch immer zweistellige Inflationsraten auf. In diesem Zusammenhang sollte zu denken geben, daß die Befürworter einer Währungsunion außer in Frankreich vor allem in Ländern mit vergleichsweise starker Inflationsneigung zu finden sind. Der Verdacht liegt nahe, daß sie sich vor allem der unbequemen Disziplinierung durch die Bundesbank entziehen (oder gar nicht erst unterwerfen) wollen. „Für die Glaubwürdigkeit der Währungspolitik in der Gemeinschaft wäre ein ... Stabilitätswettbewerb anstelle des bisherigen Stabilitätsgefølges ein wesentlicher Gewinn.“ Dieses Prüfkriterium des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist in der Gemeinschaft noch bei weitem nicht erfüllt.

Es wäre gut, wenn die Bundesregierung sich in ihrer Politik zur Wirtschafts- und Währungsunion nicht länger von der Rücksichtnahme auf französischen Argwohn, sondern von dem deutschen – und europäischen – Interesse an Geldwertstabilität leiten ließe. Den Eintritt in die erste Stufe am 1. Juli 1990 schließt das nicht aus, wohl aber das Eingehen weitergehender institutioneller Bindungen. Sie dürfte dabei feststellen, daß sie mit der Forderung nach behutsamem Vorgehen in dieser sensiblen Frage in der EG keineswegs alleine steht. Die Verwirklichung des Binnenmarktes hängt nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion. Ihn auch nur einigermaßen fristgemäß zu schaffen, bleibt eine Herkulesaufgabe. Will (oder muß) die Bundesrepublik ihre Gemeinschaftstreue beweisen, so hat sie auf diesem Felde ausreichend Gelegenheit.